

269 verletzt. Der Taifun zerstörte rund 69.000 Häuser und beschädigte 737.000; der direkte materielle Schaden belief sich auf 3,29 Mrd. Yuan. Der Dammbruch in der nordwestlichen Provinz Qinghai forderte am 27.8.93 voraussichtlich 290 Opfer und 330 Verletzte; 100 Personen werden bis heute vermißt. (CD, 6.12.93, S.3) -schü-

***(33)**
UNDP fordert SWZ Guangdong

Auf einer internationalen Konferenz über die Entwicklungsstrategie der Provinz Guangdong schlug der Vertreter der UN-Unterorganisation UNDP (United Nations Development Programme) in China, Arthur Holcombe, vor, der gesamten Provinz den Status einer Sonderwirtschaftszone (SWZ) zu geben. Diese Entscheidung der Zentralregierung würde Guangdong's Ziel unterstützen, das Entwicklungsniveau der "Vier kleinen Tiger" (Hongkong, Taiwan, Singapur und Südkorea) zu erreichen und zu überholen. Die Ausweitung der bestehenden wirtschaftlichen Sonderrechte könnte ein stabiles Wachstum in allen Teilen der Provinz sicherstellen, und es könnten dadurch einige der sozialen Probleme vermieden werden, die für andere Länder kennzeichnend wären. (SCMP, 2.9.93)

An der dreitägigen Konferenz Anfang September in Guangzhou, die von der Provinzregierung und der UNDP finanziert wurde, nahmen nach chinesischen Angaben über 100 Experten teil. Neben Vertretern der UNDP waren auch Experten aus den USA, Japan und Hongkong anwesend. In seiner Eröffnungsrede wies Provinzgouverneur Zhu Senlin darauf hin, daß Guangdong zwischen 1979-1992 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von jährlich 13,3% realisieren konnte. Für die nächste Zukunft sollte sich die Provinz stärker auf den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt stützen, um kapital- und technologieintensive Industrien aufzubauen. Zur Anhebung des gesamten wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus sei auch der Ausbau der Energieindustrie, des Verkehrs- und Telekommunikationssektors sowie der Rohstoffindustrie erforderlich. (XNA, 31.8.93)

Arthur Holcombe schlug in seiner Abschlußrede die Einrichtung einer Wirtschaftsentwicklungsorganisation für

Guangdong vor, die ähnliche Aufgaben wie das Economic Development Board of Singapore für die Planung sowie Koordination und Implementation der industriellen Entwicklungsstrategie Guangdong's in den kommenden 20 Jahren übernehmen sollte. Diese Organisation sollte auch bei der Formulierung einer Gesamtstrategie für Auslandsinvestitionen mitwirken und eine schnelle Überprüfung und Bearbeitung von Investitionsprojekten gewährleisten. -schü-

Taiwan

***(34)**
Diplomatische Beziehungen mit Liberia bleiben weiter dubios

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Taiwan und dem westafrikanischen Staat Liberia sind dem Außenministerium in Taipei zufolge nicht abgebrochen. Wie berichtet (C.a., August 1993, Ü 37), hatte die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua (XNA) am 10. August gemeldet, daß die provisorische Regierung von Liberia diplomatische Beziehungen zur VR China wieder aufgenommen und zugleich die diplomatischen Beziehungen des Landes mit Taiwan abgebrochen habe. Taiwan erklärte dagegen, daß es von Liberia keine diesbezügliche Mitteilung erhalten habe.

Am 11. September verneinte die "National Patriotic Reconstruction Assembly Government of Liberia", die größte bewaffnete Kraft des Landes, unter deren Kontrolle 80-85% des Territoriums und die Bevölkerung stehen, die Gültigkeit der Vereinbarung der provisorischen Regierung mit Beijing. Ihr zufolge hat die provisorische Regierung der National Union gegen den von drei in den Bürgerkrieg verwickelten Parteien unterzeichneten Friedensvertrag vom 25. Juli d.J. verstoßen, nach dem nur eine von allen Parteien akzeptierte Übergangsregierung wichtige politische Entscheidungen treffen kann.

Der Abteilungsleiter für afrikanische Angelegenheiten des Außenministeriums in Taipei meinte am 12. September in einem Fernsehinterview, die diplomatischen Beziehungen mit Liberia

gälten zumindest in den kommenden zwei Monaten als sicher. Liberia bereitet jetzt allgemeine Wahlen vor, die Bildung einer neuen Regierung für das ganze Land werde erst in sechs Monaten erwartet. (CP, 13.9.93; ZYRB, 14.9.93)

Liberia hatte erstmals 1957 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. Im Februar 1977 wurden sie abgebrochen, nachdem es diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte. Im Oktober 1989 brach Beijing die politische Verbindung mit Liberia ab, als dieses wieder diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufnahm. Theoretisch unterhält Liberia z.Z. diplomatische Beziehungen sowohl mit Taiwan als auch mit Beijing. -ni-

***(35)**
Neue US-Waffenlieferungen an Taiwan

Trotz scharfer Proteste aus Beijing hat Washington nach dem Verkauf von 150 Kampfflugzeugen des Typs F-16 im Wert von rd. 6 Mrd. US\$ im letzten Jahr an Taiwan eine weitere Lieferung von vier Flugzeugen des Typs E-2T mit Frühwarnsystem im Wert von 700 Mio. US\$ genehmigt. (LHB u. CP, 18.9.93) Außerdem hat Taiwan mit 236 Mio. US\$ drei Anti-U-Boot-Fregatten der Knox-Klasse von den USA für fünf Jahre gemietet. Offizieren der taiwanesischen Marine zufolge werden noch weitere sechs Kriegsschiffe desselben Typs gemietet - drei im nächsten und drei im übernächsten Jahr. Taiwan beabsichtigt, so heißt es, die Schiffe nach Ablauf der Leasing-Verträge zu kaufen. Zur Ausrüstung der Fregatten hat die US-Regierung auch die Lieferung von 12 Anti-U-Boot-Hubschraubern und 41 Harpoon-Raketen gebilligt. (IHT, 6.9.93; FCJ, 8.10.93) Im Gespräch ist ebenfalls ein Plan zwischen dem US-Unternehmen Raytheon Co. und Taiwan zur gemeinsamen Produktion von Patriot-Raketen mit Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. US\$. (AWSJ, 9.9.93)

Beijing wirft der US-Regierung vor, mit den "massiven Lieferungen von fortgeschrittenen Waffen und militärischen Technologien" an Taiwan gegen das 1982 von beiden Seiten unterzeichnete sino-amerikanische "Kommuniqué vom 17. August" verstoßen zu haben. (XNA, 5.9.93) In dem Dokument hatte Washington gegenüber Beijing erklärt,

daß die US-Regierung keine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan anstrebe, daß die US-Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau von vor der Unterzeichnung des Kommuniqués überschreiten würden und daß sie die Absicht habe, ihre Waffenlieferungen an Taiwan schrittweise zu reduzieren und nach einer gewissen Zeit eine grundsätzliche Lösung herbeizuführen. (Siehe dazu C.a., Sept. 1982, S.560)

Die Amerikaner begründeten ihren Verkauf von neuen Waffen an Taiwan damit, daß es dem militärischen Gleichgewicht, der Stabilität und dem Frieden im Gebiet der Taiwan-Straße diene. In einer Erklärung zur Lieferung der F-16-Flugzeuge an Taiwan verwies der Sprecher des State Departments am 3. September vorigen Jahres darauf, daß Beijing als erster von Rußland moderne Kampfmaschinen des Typs SU-27 erworben habe. Hingegen verfüge Taiwans Luftwaffe z.Z. noch immer über die längst veralteten Maschinen des Typs F-104 (Starfighter) und F-5E, für die die USA kaum Ersatzteile mehr liefern könnten. Was seine Regierung tue, sei nur, das Niveau der Luftwaffe Taiwans zu erhalten. Damit meinte er also, daß die neuen US-Waffenverkäufe an Taiwan nicht gegen das sino-amerikanische Kommuniqué vom 17. August 1982 verstoßen. (ZYRB, 6.9.92; IHT, 5./6.9.92) In einer ergänzenden schriftlichen Antwort auf die Fragen der Presse machte er darüber hinaus noch darauf aufmerksam, daß die US-Regierung gemäß dem 1979 vom Kongreß der USA verabschiedeten "Taiwan Relation Act" defensive Waffen an Taiwan liefern dürften und daß das Kommuniqué vom 17. August 1982 kein Gesetz, sondern nur eine politische Erklärung mit niedrigerem Stellenwert sei. (LHB, 6.9.92; ZYRB, 7.9.92) In Wirklichkeit jedoch zielt die US-Regierung mit den massiven Waffenverkäufen an Taiwan in erster Linie darauf, die Arbeitsplätze ihrer Rüstungsindustrie zu sichern, die sich infolge der endgültigen Beendigung des Kalten Krieges seit dem Zerfall der Sowjetunion in einer tiefen Rezession befindet. -ni-

*(36)

Beijings Taiwanfrage und Taiwans Chinafrage

Am 31. August hat Beijing ein Weißbuch unter dem Titel "Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung Chi-

nas" veröffentlicht (siehe vollen Wortlaut des Dokuments in deutscher Übersetzung in diesem Heft). Es ist die erste offizielle Publikation der chinesischen Regierung in Beijing zu ihrer neuen grundlegenden Taiwanpolitik, verfaßt und herausgegeben vom Amt für Taiwan-Angelegenheiten und dem Presseamt, die unmittelbar dem Staatsrat (Kabinett) unterstellt sind. Früher hatte es zu diesem Thema nur Erklärungen des Nationalen Volkskongresses (Parlament) und einzelner führender Politiker gegeben.

Seit 1979 unternimmt Beijing unermüdlich große Friedensoffensiven gegenüber Taiwan. Unter dem Motto "ein Land, zwei Systeme" bietet es an, nach der Wiedervereinigung beider Seiten in Taiwan eine "hochgradige Autonomie" zu bilden, und zwar mit eigener Verwaltung, Gesetzgebung, Rechtsprechung, Armee sowie gewissen außenpolitischen Befugnissen wie z.B. Unterzeichnung von Handels- und Kulturverträgen mit dem Ausland.

In dem 12.000 chinesische Schriftzeichen umfassenden Dokument wird neben der Darstellung der Hintergründe der Taiwanfrage und einer Zusammenfassung der Angebote an Taiwan der Trend zur Unabhängigkeit Taiwans scharf verurteilt. "Die chinesische Regierung verfolgt äußerst aufmerksam die Entwicklung der Dinge und wird jeder Aktivität für die 'Unabhängigkeit Taiwans' nicht untätig zusehen." Ferner rügt sie Taiwans "pragmatische Diplomatie" mit dem Ziel der Anerkennung von "zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" durch mehrere Staaten sowie der Rückkehr Taiwans in die UNO unter dem Motto "ein Land, zwei Sitze". "Die taiwanesischen Behörden versuchen, in einigen internationalen Organisationen, denen nur die souveränen Staaten beitreten dürfen, das Konzept 'ein Land, zwei Sitze' durchzusetzen, um 'zwei Chinas' zu schaffen. Dieser Akt wird von der chinesischen Regierung entschieden bekämpft."

Das Weißbuch wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, nachdem, wie berichtet (C.a., Aug. 1993, Ü 36), sieben lateinamerikanische Staaten am 6. August in einem Brief an UN-Generalsekretär Butros Ghali gefordert hatten, die Frage der Wiederaufnahme der Republik China in Taiwan in die Welt-

organisation auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung zu bringen. Der Antrag scheiterte bei der Debatte im Generalausschuß (General Committee) der UNO am 22. September, da nur drei der 28 Staaten in dem Gremium dafür waren. (ZZ, NO.226, 1.9.93)

Als Antwort auf Beijing veröffentlichte das Komitee für Festlandsangelegenheiten (Mainland Affairs Council) des Exekutiv Yuan (Kabinett) in Taipei ein Dokument unter dem Titel "Ansichten zu dem von den chinesischen Kommunisten veröffentlichten Weißbuch 'Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung Chinas' - es gibt keine 'Taiwan-Frage', sondern nur eine 'China-Frage'". (In diesem Heft abgedruckt.)

Die Regierung in Taipei spricht zwar nach wie vor von einer Einigung Chinas, beansprucht seit einiger Zeit aber nicht mehr die Alleinvertretung für Gesamtchina. In dem Antwortdokument verweist das Komitee auf die Tatsache der Spaltung Chinas seit 1949. Die chinesischen Kommunisten seien nicht gleichbedeutend mit China; sie könnten nicht die Bevölkerung von Taiwan vertreten. Ferner wurde Beijings Prinzip von "ein Land, zwei Systeme" im Dokument als das größte Hindernis für die chinesische Einigung bezeichnet. Taiwan, so das Argument, solle danach auf einen Autonomiestatus unter kommunistischer Herrschaft degradiert werden, und zwar nur für eine bestimmte Übergangszeit, dann werde es schließlich den kommunistischen Sozialismus akzeptieren müssen. Dies sei eine vollständige Kapitulation. Die "Chinafrage" könne nur durch ein System, das auf Demokratie, Freiheit und Wohlstand für alle beruhe, gelöst werden.

Ende April d.J. hatten beide Seiten in Singapur halbamtliche Verhandlungen auf hoher Ebene aufgenommen, wobei vier Dokumente von den Vorsitzenden der SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan und der ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Strait) vom chinesischen Festland, Gu Zhenfu (Koo Chen-fu) und Wang Daohan, unterzeichnet wurden. Am 30. August trafen die stellvertretenden Generalsekretäre beider Organisationen, Xu Huiyou (Hsu Huei-yu) und Sun Yafu, in Beijing zusammen, um die Einzelheiten für die Realisierung der Vereinbarungen von Singapur

zu verhandeln. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Weißbuchs von Beijing wurden die Gespräche ohne Ergebnis abgeschlossen. (LHB, 2.9.93) Nach einer vom taiwanesischen Komitee für Festlandsangelegenheiten zwischen dem 28. und 31. August durchgeführten Meinungsumfrage sind 45% der 1.067 Befragten in Taiwan für die chinesische Vereinigung, 20% für die Aufrechterhaltung des Status quo und 11% für Taiwans Unabhängigkeit. Unter jetzigen Verhältnissen befürworten aber nur 3,9% der Befragten sofortige Verhandlungen über die Vereinigung und 8,2% die Unabhängigkeit Taiwans. 80% wollen den Status quo solange aufrechterhalten, bis die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Vereinigung reif werden. (LHB, 28.9.93) -ni-

*(37)

Rückkehrstrom von Intellektuellen aus dem Ausland

Infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise in den führenden Industriestaaten wie den USA, Japan und Deutschland und der dadurch verursachten Entlassungswelle bei den großen Firmen kehren immer mehr taiwanesischen Intellektuelle aus dem Ausland heim. Offiziellen Statistiken zufolge sind in den ersten acht Monaten d.J. bereits 4.282 Personen zurückgekehrt, und für das ganze Jahr werden 6.500 erwartet, 1.400 mehr als im Vorjahr. Dabei sind diejenigen noch nicht eingeschlossen, die keinen Reisezuschuß von der Regierung erhalten wollen oder können und deshalb nicht von der Statistik erfaßt werden. Angesichts dieses Trends plant die Regierung, ab kommendem Jahr keinen Reisezuschuß mehr für die Familienangehörigen von zurückkehrenden Akademikern zu gewähren.

Die Arbeitslosenquote Taiwans lag in den ersten acht Monaten bei 1,44%, was ein Rekordtief seit 12 Jahren bedeutet. Die Arbeitslosenquote von Akademikern ist allerdings auf eine Rekordhöhe von 2,21% seit 1990 gestiegen, während die der Hauptschulabsolventen auf unter 1% sank. Durch die steigende Rückkehrwelle von Intellektuellen aus dem Ausland wird der Regierung zufolge die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Personen mit hohem Ausbildungsstand noch angespannter werden. (LHB, 30.9.93) -ni-

Hongkong und Macau

*(38)

Neuer Höhepunkt im sino-britischen Streit über die Wahlreform in Hongkong

Der anhaltende Streit zwischen Beijing und London über Gouverneur Chris Pattens Reformplan für mehr Demokratie bei der kommenden Legislativwahl von Hongkong 1995, den letzten Wahlen vor der Übergabe der Kronkolonie an China 1997, erreichte im September einen neuen Höhepunkt. (Zu den Hintergründen des Streits siehe Yu-Hsi Nieh, "Zur politischen und wirtschaftlichen Lage von Hongkong angesichts der nahenden historischen Wende 1997", in: C.a. August 1993, S.828-831.)

Am 24. September veröffentlichte Beijing eine Stellungnahme von Deng Xiaoping, die er an just dem gleichen Tag vor elf Jahren gegenüber der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher bei deren Besuch in China im Hinblick auf die Hongkongfrage gemacht hatte. Darin bekräftigte Deng, daß China das Gesamtterritorium von Hongkong unumstößlich 1997 zurücknehmen werde. Er bat die britische Regierung um Zusammenarbeit bei der Aufrechterhaltung der Stabilität und Prosperität Hongkongs während der Übergangszeit. Für den Fall schwerer Unruhen, so Deng, werde die chinesische Regierung sich gezwungen sehen, "den Zeitpunkt und die Methode der Rücknahme sich anders zu überlegen", also Hongkong frühzeitig und gewaltsam zurückzunehmen. (XNA, 24.9.93) Der Sprecher des Beijinger Außenministeriums bezeichnete vor Korrespondenten Dongs Rede als eine hochkarätige Projektion, die heute noch immer eine große realistische Bedeutung habe. (XNA, 25.9.93; DGB, 26.9.93)

Kurz vor der Veröffentlichung von Dongs Rede hatte Gouverneur Patten wieder angedroht, die Wahlreform auch ohne chinesische Zustimmung durchzuführen (IHT, 4./5.9.93; XNA, DGB, 17. u. 18.9.93). Zudem waren die Chinesen darüber aufgebracht, daß der britische Außenminister Douglas Hurd in einem Interview für ein australisches Fernsehteam Beijing aufgrund von Menschenrechtsverletzungen in China nicht als den geeigneten Ort für die Olympischen Spiele 2000 bezeichnet hatte. (DGB, 19.9.93; FT, 23.9.93)

In den drei Verhandlungsrunden (d.h. die 10.-12. Runde) beider Seiten im September über das Problem der Wahlreform in Hongkong wurde weiterhin kein Fortschritt erzielt; die Gespräche sollen jedoch fortgesetzt werden. Neben dem Treffen der beiden Außenminister Hurd und Qian Qichen am 1. Oktober in New York anlässlich der UNO-Vollversammlung wurde die 13. Verhandlungsrunde der Unterhändler für den 11./12. Oktober ange-
setzt.

Die Zuspitzung des politischen Streits zeigte auf die Wirtschaft Hongkongs kaum Wirkung. Der Aktienkurs ist weiter drastisch gestiegen, und zwar erreichte der Hang Seng Index Ende September eine neue Rekordhöhe von 7.676,22 Punkten. (SCMP, 3.10.93) -ni-

*(39)

Einheimische Politikerin Hongkongs ins Amt des Chief Secretary berufen

Die Hongkonger Regierung hat am 21. September eine wichtige Personalentscheidung angekündigt. Eine einheimische Politikerin, Frau Anson Chan Fang On-sang (53), wird Ende November d.J. Sir David Ford als Chief Secretary ablösen - dies ist das zweithöchste Amt in der Regierungshierarchie hinter dem Gouverneur. Vor ihr hatte noch kein einheimischer Chinese dieses Amt erhalten, und sie ist auch überhaupt die erste Frau in der anderthalb Jahrhunderte währenden Geschichte der Kronkolonie, die in dieses Amt berufen wurde.

Mit der Ernennung von Frau Anson Chan setzte Gouverneur Patten ein wichtiges Zeichen für die weitere Entkolonialisierung Hongkongs vor der Rückgabe an China 1997. Erst kürzlich hatte Patten durch die Verlängerung der Arbeitsverträge für hohe Kolonialbeamte Unruhe unter den einheimischen Bediensteten verursacht. Frau Anson Chan, die ihre politische Karriere 1962 in der Regierung begann und zur Zeit das Amt des Secretary for Civil Service bekleidet, gilt allerdings auch als Vertraute von Gouverneur Patten. Sie unterstützt ihn energisch in der Reformpolitik für mehr Demokratie in Hongkong sowie im Widerstand gegen den Druck aus Beijing.

Frau Anson Chans Vorgänger, Sir David Ford, wird nach über sechs Jahren Amtszeit als Chief Secretary den neuen Posten des Kommissars im Büro der Hongkonger Regierung in London übernehmen. (SCMP, 18.9.93; IHT, FT u. XNA, 22.9.93) -ni-